

DEUTSCHE MORGENAUSGABE

Bezugspreis:

frei ins Haus monatlich 4,— Mark.
Einzelnummer 30 Pf.
Bestellungen sind an die Expedition
Brotbränkengasse Nr. 14, zu richten.

GALETA DZIENNIK GDANSKI



Nr. 9

Danzig, den 14. Dezember 1921

I. Jahrg.

Die Stimmung in Pommerellen.

Der Aufenthalt und die Sitzungen des Ministerrats in Posen, die Rundfahrt des Landwirtschaftsministers in Begleitung seiner Referenten durch Pommerellen haben unter der Pommerellischen Bevölkerung ein lebhaftes Echo hervorgerufen.

Die Bevölkerung der Wojewodschaft fasst die Sitzung der Warschauer Gesamtregierung in Posen nicht nur als eine Ehrung für das ganze ehemals preussische Teilgebiet auf, sondern schreibt den amtlichen Besuchen auch eine besondere symbolische Bedeutung zu. Die Pommerellen glauben, dass das polnische Kabinett durch seinen Besuch vor allen Dingen betonen wollte, dass es das ehemals preussische Teilgebiet näher kennen lernen, die Psyche der Bevölkerung verstehen und alle Ueberbleibsel aus der früheren Abhängigkeit aus dem Bewusstsein des Volkes getilgt wissen wollte. Mit einem Wort die Zentralregierung suchte die Annäherung an die Westgebiete des polnischen Reiches und die Verschmelzung zu einem harmonischen Ganzen mit den übrigen Teilgebieten besonders zu unterstreichen. Der Landwirtschaftsminister Raczyński gab diesem Gedanken während seiner Rundfahrt durch Pommerellen auch noch deutlicher Ausdruck, indem er in einer seiner Reden darlegte, er wolle in Pommerellen die einzelnen Zweige der Land- und Forstwirtschaft persönlich an Ort und Stelle kennen lernen, ehe die Zentralregierung ihre Verwaltung völlig übernehme. In der Wojewodschaft Pommerellen hat man die Absicht der Regierung verstanden und weiss sie zu würdigen. Während man noch nicht langer Zeit von gewissen Vorurteilen des ehemals preussischen Teilgebietes gegenüber Kongresspolen und Galizien in der deutschen Presse recht aufgebauschte Nachrichten lesen konnte, könnte die deutsche Presse solche Nachrichten heute beim besten Willen nicht mehr wiederholen. Es gibt in der Stimmung der pommerellischen Bevölkerung heute nichts Wesentliches mehr, was einem lachenden Dritten Freude machen könnte.

Gewiss wurden die Schwierigkeiten, die das junge polnische Reich in dem Anfangsstadium der Organisation durchzumachen hatte, selbst von einigen Teilen der polnischen Bevölkerung Pommerells nicht immer in ihrer ganzen Grösse erkannt und verstanden. Von aussen hereinflutende und von innen zum Teil organisierte Propagandatätigkeit von Elementen, die dem polnischen Staatswesen feindlich gegenüber standen, suchte anfang-

lich im Trüben zu fischen und aus den geringsten Fehlern der sich bildenden polnischen Staats- und Kommunalverwaltung politisches Kapital zu schlagen. Auch die Parteitaktik, selbst polnischer Sejmgruppierungen hat nicht immer das Interesse des Ganzen im innerpolitischen Kampfe an die Spitze zu stellen verstanden. Vor allen Dingen aber fehlt auch der persönliche gegenseitige Austausch der Meinungen und die nähere Fühlungnahme zwischen den einzelnen Teilgebieten.

DAS HAT SICH NUN RADIKAL GEÄNDERT.

Der polnische Staatsverwaltungsapparat hat das erste und allerschlimmste Stadium überstanden, ist über die Kinderkrankheiten hinaus und funktioniert in vielen Verwaltungszweigen genau so gut und oft noch besser, wie der entsprechende des Auslandes. Die Unterordnung von Allem und Jedem unter das Parteiinteresse hat in Pommerellen den grössten Teil seiner Popularität eingebüßt. Dagegen tritt die Anhänglichkeit an die polnische Staatsidee immer stärker in den Vordergrund, der Geist der Bürgerpflicht und Loyalität hat den partei-politischen Gesichtspunkt fast völlig überwunden. Die Tätigkeitsbasis fremder und ansässiger staatsfeindlicher Elemente hat sich um ein beträchtliches verringert. Die Intensität der untermindernden Arbeit solcher Art ist eingeschränkt worden. Die Fühlungnahme zwischen den Polen Pommerells aus den verschiedenen Teilgebieten haben die Notwendigkeit des praktischen Lebens am besten vermittelt. Große Kongresse und Konferenzen haben Polen aller Schattierungen aus dem ganzen Reiche zusammengeführt und ein Kennenlernen vermittelt. Infolge der falschen Wirtschaftspolitik Deutschlands hat der polnische Handel sich nach Innen in der ganzen Republik ausgebreitet und die drei Teile mit einem Netz gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen umspannen.

So fiel der Regierungs- und Ministerbesuch in Posen und Westpreussen auf gut vorbereiteten Boden. Die Regierung Ponkowski und besonders die Finanzpolitik Michalski's hat auf die Pommerellen grossen Eindruck gemacht. Man gewinnt aus der Stimmung, die augenblicklich in Pommerellen herrscht, den Gesamteindruck, dass die am Meere gelegene Wojewodschaft Polens sich mit der Gesamtheit des polnischen Volkes und der polnischen Republik inniger verbunden fühlt denn je.

Ist Danzig auf eine Lebensmittel- und Rohstoffkrise vorbereitet?

Anfrage des Abgeordneten Kuhnert an den Senat.

Danzig, den 14. XII. Die aus Anlass der Besprechung des Danzig-polnischen Abkommens vom 24. X. d. J. von fast allen Parteivertretern zu dem Abkommen getanen Ausserungen lassen erkennen, dass der Volkstag seine Zustimmung zu dem Abkommen in seiner Mehrzahl nicht wird erteilen wollen. Demzufolge ist die Versorgung der Bevölkerung der Freien Stadt Danzig mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Brennmaterial in Frage gestellt.

Ohne preussischen Orden keine Apotheke in Danzig.

Danzig, den 14 XII. Ein Provisor aus der Freien Stadt Danzig suchte, wie uns mitgeteilt wird, bei den Danziger Behörden um die Koncession für eine Apotheke im Gebiete der Freien Stadt nach.

„Sind sie Inhaber irgend eines deutschen Ordens“, wurde ihm in der betreffenden Abteilung des Senats entgegengerufen? Als der Provisor mit Nein antworten musste, wurde er abschlägig entschieden. Sonderbare Auffassung von Bürgerrechten! Wer preussischen Orden hat, hat also zugleich die Gabe, eine Apotheke gut zu leiten. Wer keinen hat, bleibt ewig Provisor!

Wozu braucht Zoppot eine Einwohnerwehr?

Laut Beschluss des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung soll in Zoppot eine ähnliche Einwohnerwehr ins Leben gerufen werden, wie sie bereits in Danzig besteht. Das Kommando über diese Einwohnerwehr soll der Sportdirektor, Major Grüber, übernehmen und die Organisation dem Polizeidecerementen beim Zoppoter Magistrat unterstellt werden. Über den politischen und sozialen Charakter einer solchen Einwohnerwehr wird man sich natürlich keinen Täuschungen hinzugeben brauchen.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Danzig, Brotbänkengasse Nr. 14

Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1807
Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.
Danzig, Hundegasse Nr. 85

Polinische Noten
Dollar

5,71
184,81

Letzte Nachrichten.

Das Programm der Januarsitzung des Völkerbundes.

Warschau, den 14. XII. (AUE.) Die nächste Tagung des Völkerbundsrates beginnt mit einer Sitzung in Gent am 10. Januar 1922.

Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Angelegenheiten:

1. Der Einspruch Polens gegen die Entscheidung des Hohen Kommissars in Danzig in der Weichselfrage.
2. Die Frage der Ernennung eines Hohen Kommissars des Völkerbundes für Danzig. Das Mandat des Hohen Kommissars Generals Haking endet im Januar 1922.
3. Die Frage des Bürgerrechts der Einwohner der Freien Stadt Danzig.
4. Das Handelsabkommen zwischen Polen und Norwegen.
5. Der Danzig-polnische Vertrag vom 24. Okt. 1921.
6. Die finanzielle Lage der Freien Stadt Danzig.

Generalkommissar Pluciński in Warschau.

In polnisch-Danzer Angelegenheiten.

Danzig, 14. XII. Der Generalkommissar der Polnischen Republik in Danzig, Herr Minister Pluciński, hat sich, wie wir erfahren, in Sachen des Danzig-polnischen Vertrages nach Warschau begeben.

Prof. Askenazy reist nach Paris.

Warschau, 14. XII. Der polnische Delegierte zum Völkerbund prof. Askenazy begibt sich nächsten Samstag und spätestens Sonntag nach Paris in Angelegenheiten, welche mit der nächsten Sitzung des Völkerbundsrates im Zusammenhang stehen.

Um einen ermordeten polnischen Staatsbürger.

Warschau, den 14. XII. (AUE.) Der polnische Charge d'affaires in Moskau überreichte dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten eine Verbalnote, in welcher die Polnische Regierung mit Rücksicht auf die Nachricht von der Ermordung des polnischen Staatsbürgers Heidenreich, der seit dem 29. August d. J. im Gefängnis der Sowjets schmachtete, Erklärung und eventuelle Angabe seiner Aufenthaltsortes verlangt.

Die Weissruthenen stellen eigene Listen auf.

Warschau, 14. XII. (AUE.) Auf der in Wilna stattfindenden Tagung der Delegierten von ganz Weissrussland wurde der Beschluss gefasst, bei den kommenden Wahlen zum Wilnaer Landtag eigene weissruthänische Listen aufzustellen.

Berliner Börsenstimmungsbild.

Am Devisenmarkt ist gestern eine Wendung insofern eingetreten, als die Preise wieder stark nach oben gingen. Der sich neben dem natürlichen Rückschlag infolge der allzu raschen Entwertung in den letzten Tagen vollziehende Tendenzzumschwung stützte sich in der Hauptsache auf die Wahrnehmung, dass die Zeitungsmeldungen aus dem Auslande das Gelingen der Erlangung einer Erleichterung für Deutschland hinsichtlich der Reparationszahlungen nicht mehr in so optimistischen Sinne, wie in der letzten Zeit besprochen und anscheinend man sich auf ziemlich schwere Bedingungen vorbereite. Der Dollar-Kurs hatte sich von 175 am frühen Vormittag bis auf 185 vor der amtlichen Preisfestsetzung erhöht und dementsprechend waren auch die Besserung für die anderen führenden Hauptdevisen, so London 712—760, Holland 6150—6600, Paris 1390 bis 1500, Schweiz 3300—3500. Damit war auch des Signal zu einer Erholung der in den letzten Tagen so scharf zurückgeworfenen Effektenkurse gegeben. Es fand zwar kein Handel statt, die Kurse wurden aber an der Börse durchschnittlich 50—100% höher genannt, wobei aber die Erscheinung zu Tage trat, dass für einige besonders scharf rückgängig gewesene Werte Ware ebenso wenig vorhanden war, wie in den letzten Tagen der Verbrauch der Käufer.

Bereicherung des polnischen Staatschattes um monatlich 1 Mil. Dollar.

Der „Przegląd Wieczorny“ erfährt, dass die polnische Staatskasse seit längerer Zeit regelmässig monatlich eine Million Dolar einwechselt, die von den seiner Zeit nach Amerika ausgewanderten Polen nach der polnischen Republik eingesandt werden. Eine Million Dolar monatlich ist eine nicht unwesentliche Bereicherung des polnischen Staatschattes.

Ungeheuerliche Schulden der Stadt Berlin.

Im deutschen Reichstag fand zwischen den Berliner Abgeordneten zum Reichstag und dem Oberbürgermeister von Berlin eine Konferenz statt, während welcher der traurige Zustand der Finanzen der Reichshauptstadt geschildert wurde. Das Defizit der Reichshauptstadt Berlin beträgt drei Milliarden Mark. Die Lohnerhöhungen allein verschlingen 15 Prozent der Anteile der Stadt an der Einkommensteuer des Reiches. Berlin braucht augenblicklich außerordentlich 800 Millionen Mark, um begonnene Bauten zu Ende zu führen. Um die laufenden Ausgaben des jetzigen Vierteljahres zu decken, war die Stadt gezwungen, eine Anleihe aufzunehmen.

Aus dem polnischen Reichstag.

Die Debatte über die Vermögensabgabe.

Warschau, 14. XII. Während der gestrigen Sitzung des polnischen Reichstages entspann sich eine lebhafte Debatte über die Vermögensabgabe. Im Laufe der Diskussion erklärte Vizeminister Markowski vom Finanzministerium:

„Die Abgabe ist notwendig, um die nötigen Mittel zur Besserung der Staatsfinanzen zu erhalten. Ob die Abgabe jedoch nur zur Bildung einer Notenbank oder auch zur Deckung des Defizits dienen wird, lässt sich nur schwer feststellen. Die erste Wirkung der Einziehung der Vermögensabgabe wird der Bargeldzuschuss zu der Staatskasse sein, und die erste Folge dieses Geldzuflusses, die Verringerung der Notenemission. Das wiederum dürfte die Gesundung der Staatsfinanzen erleichtern.“

Der Abgeordnete Kowalcuk verlangt die Gründung einer Notenbank zu einem der Hauptziele der Vermögensabgabe zu machen.

Während der Debatte über den Artikel II des Gesetzes bespricht der Abgeordnete Diamand den von ihm selbst gestellten Antrag, der auf die Besteuerung der von der Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa emittierten Noten hinausläuft. Der Abgeordnete Diamand hält das Regierungsprojekt, das eine Einnahme von 108 Milliarden Mark in Aussicht stellt, für das Beste.

Der Abgeordnete Kedziora beantragt eine Änderung des Artikels 2 für Staatsbürger, deren Unterhalt einen Grundbesitz ausmacht, von welchem in Kongresspolen weniger als 28, in Kleinpolen weniger als 44 Mark, im ehemals preussischen Teilgebiet weniger als 2,20 Mark Grundsteuer gezahlt wird. In einer Polemik mit dem Abgeordneten Stapiński erklärt Vizeminister Markowski, dass das Projekt verhältnismässig grosse Erleichterungen bei Zahlung der Vermögensabgabe für die allerärteste Bevölkerung in den einzelnen Kreisen vorsieht. Hierauf entspannt sich noch eine lebhafte Debatte über den Multiplikator, der auf die einzelnen Gegenden und auf die Bevölkerung anzuwenden sei.

Über dieselbe Frage hatte bereits der Finanzminister Michalski während der Sejmssitzung vom 10. ausführlicher gesprochen. Der Minister führte damals u. a. aus: „Noch vor Weihnachten hat der polnische Reichstag eine grosse Woche begonnen. Unser ganzes Land und das Ausland sieht mit gespannter Aufmerksamkeit auf unseren Reichstag, der jetzt die Fundamente zur Gesundung der polnischen Finanzen mauert. Unsere Zukunft ist in unserer Hand. Zur Verfassung, die dieser Sejm unserem Lande gegeben hat, muss jetzt die Finanzreform hinzukommen. Ich will einiges von der Vermögensabgabe heute hinzufügen.“

Eine Besserung unserer finanziellen Lage ist heute bereits zu merken, während noch im September die Schulden in der polnischen Staatskasse 21½ Milliarden betrugen, im Oktober gar 23 Milliarden, sind sie im Monat November auf 15½ Milliarde gesunken. Die öffentlichen Abgaben des Jahres 1920 ergaben eine Einnahme von 4 Milliarden und im zweiten Vierteljahr 1921 8 Milliarden. Das sind Anzeichen einer Besserung der Lage. Ich teile dem Hohen Hause mit, dass ich höchstwahrscheinlich noch im Laufe ds. Js. den vorläufigen Abschluss für die Jahre 1917, 1918, 1919 u. 1920 vorlegen werde und dass die provisorische Zusammenstellung von Schuld und Vermögen des Staates fast gänzlich bearbeitet ist. Der Hauptzweck der Vermögensabgabe soll der Zuschlag zu den Steuern sein, die man bis dahin in sehr geringem Masse gezahlt hat. Also die Vermögensabgabe muss das wieder in die Staatskasse einbringen, wovon man an zu niedrigen Steuern zu wenig eingezogen hat.“

Unehrliche Polemik.

Der sozialdemokratische Vorwärts vom 4. Dezember wendet sich scharf gegen die vermehrte Auslandspropaganda der polnischen Regierung, die aus Oberschlesien nach Ostpreussen verlegt worden sein soll. Besonders glaubt das Blatt gegen den Verband zum Schutze der westlichen Grenzgebiete Polens fechten zu müssen und scheut sich nicht, seinen Lesern zu erzählen, dass man in Frankreich auf Bestellung dieser Vereinigung eine Landkarte angefertigt hat, auf welcher Danzig, Ostpreussen, Litauen und das Memelgebiet als zur Republik Polen gehörig aufgeführt würde.

Hierauf antwortet der Verband zum Schutze der westlichen Grenzgebiete Polens: „Von einer vermehrten Propaganda in Ostpreussen wissen die Polen weder im Reiche noch im Auslande etwas. Der Verband zum Schutze der westlichen Grenzgebiete Polens“ aber kann natürlich nicht der Mittelpunkt einer solchen Propagandatätigkeit sein, weil er ganz andere Ziele verfolgt, über welche man das deutsche Blatt falsch informiert hat. Dass z. B. Korfanty an der Spitze dieses Verbandes stehen soll, ist unwahr. Unwahr ist auch das Märchen von der Landkarte die in Frankreich verfasst worden sein soll. Der „Verband zum Schutze der westlichen Grenzgebiete Polens“ ist keine Organisation, die eine Annexion von Gebieten, die ausserhalb Polens gelegen sind, erstrebt. Der Verband sieht seine Aufgabe in friedlicher kultureller Arbeit mit dem ausgesprochenen Zweck, die lange durch Preussen germanisierten Westmarken Polens kulturell und wirtschaftlich zu heben.“

Telegramme.

Lloyd George geht nach Südfrankreich in Urlaub.

London, 14. XII. „Daily Mail“ wurde in Downingstreet mitgeteilt: Lloyd George wolle bald nach der Tagung des Parlaments seinen Urlaub antreten. Er werde vielleicht drei Wochen in Südfrankreich weilen.“

Ein polnisches Handelsmarinedepartement.

Warschau, den 14. XII. (AUE.) Im Ministerium für Handel und Industrie werden laut Meldung des „Przegl. Wiecz.“ zwei neue Departements eingerichtet, und zwar eins für Handelsmarine - das zweite für oberschlesische Angelegenheiten.

Ein neuer Adjutant des Staatschefs.

Warschau, den 14. XII. (AUE.) Gestern übernahm die amtliche Tätigkeit als Generaladjutant des Staatschefs Piłsudski, General Jacyna. Er tritt an die Stelle des Obersten Wieniawa-Długoszewski, der als Militärratgeber bei der polnischen Gesandtschaft nach Bukarest giebt.

Die Yapfrage endgültig geregelt.

London, 14. XII. (AUE.) Gestern übernahm die Yapfrage gestern durch Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den Vereinigten Staaten und Japan geregelt werden.



Reichsdeutsche Pressestimmen.

Wo bleibt der wahre Patriotismus? — Die Verandaleute von Medina. — Bleibt in Polen! — Polen muss abgewürgt werden. — Aber das leidige Privatinteresse. — Einiges über die „Banditen“ in Schlesien.

Es ist etwas faul im Staate Dänemark, wenn trotz der herannahenden Weihnachten die Herzen an der Spree für die „unterdrückten Landsleute“ im Posen und Westpreussen hart bleiben. Statt die „unterdrückte Minderheit“ einzuladen, die Option auszunutzen und Polen den Rücken zu kehren, mahnt das „Berliner Tageblatt“ die Deutschen zum „Ausharren“, indem es u. a. schreibt:

„Von den 1 300 000 Deutschen, die vor dem Versailler Frieden im posenschen Gebiete ihr Heim hatten, haben sich bisher ungefähr 500 000 neue Wohnstätten in Deutschland gesucht. Besonders die Beamten, die Lehrer und die Rechtsanwälte haben sich, gezwungen die einen und freiwillig die anderen, mit Frauen und Kindern aufgemacht. Welche Hindernisse sie antrafen und in welche Einschränkungen sie sich fügen mussten, wird schon deutlich, wenn man dieses Wort „Wohnstätten“ gebraucht. Als Mohammed sich in Medina festgesetzt hatte, mussten seine herbeiziehenden Gläubigen, da die Häuser für eine solche Menge nicht ausreichten, unter der Veranda an der Moschee untergebracht werden, und wurden deshalb „Verandaleute“, auch es ssoffes, genannt. Wir sind in rauherem Klima schon beinahe wieder bei der medinischen Veranda angelangt. Es ist versucht worden, durch Verhandlungen mit den Polen, den deutschen Ansiedlern in Posen einen Schutz zu sichern, der ihnen gegenwärtig vollständig fehlt. Die Polen, die sich um die „Rechte der Minoritäten“ nicht kümmern und nur darauf bedacht sind, die Deutschen durch Schikanen hinauszudrängen, haben jede Verständigung abgelehnt. Sie wollen möglichst viele der Lästigen und Hartnäckigen veranlassen, jetzt für Deutschland zu optieren und auszuwandern und wenden allerlei Druckmittel an. Auch mit einem neuen polnischen Heeresgesetz wird gedroht. Das Interesse Deutschlands in dieser Optionsfrage ist klar. Wir müssen wünschen, dass die deutschen Bewohner Posens sich entschliessen, unter allen Widerlichkeiten und Bedrängungen standhaft auszuhalten.“

Dieserhalb gegen Polen bis zum Acussersten aufgebracht, lässt sich dasselbe „Berl. Tagebl.“ über die oberschlesischen deutsch-polnischen Verhandlungen folgendermassen aus:

„Auf deutscher Seite sieht jeder, dass das Abkommen nicht nur unsere Mark und unsere Eisenbahnwagen an Polen ausliefern, nicht nur die polnische Wirtschaft auf unsere Kosten stärkt und nicht nur jedem polnischen Raubmörder die Türen der oberschlesischen Wohnungen öffnet, sondern auch nicht die mindeste Garantie für die Erhaltung des deutschen Eigentums, für das Verbleiben der Industriewerke in deutschen Händen gibt. Während es im Reichsinteresse, im Interesse einer weitschauenden Politik läge, die Genfer Bestimmungen, wenigstens in ihrer jetzigen Form und ohne ausreichende Garantie, einfach zu verwerfen, Polen noch fester abzuschützen und ihm die Folgen seines Verhaltens fühlbar zu machen, schieben sich überall diese Wege durchkreuzend, die Privatinteressen vor. Fabrikanten und Zwischenhändler durchbrechen die Warensperrre, wo es nur irgend geht. Zahlreiche Magnaten und Industrieherrnen rechnen sich aus der Situation einen möglichst hohen Gewinn heraus. Die Polen, die das alles überschauen, gehen seelenruhig zu den Verhandlungen und fürchten keinen Widerstand. Mancher der Geschäftstüchtigen die sich so den neuen Verhältnissen anpassen, würde sehr entrüstet sein, wenn man ihm sagen wollte, seine Tüchtigkeit schädige Deutschland, denn er ist bis auf die Knochen national. Nur das Fleisch ist schwach.“

Wenn also Kaufleute und Industrielle wie Arbeiter nach einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Polen verlangen, sich den neuen Verhältnissen anpassen und darin ihr Interesse sehen, was will denn noch Herr Teodor Wolff mit seinem „Berl. Tageblatt“.

Was dagegen die „Banditen“ anbetrifft, die Herr Teodor Wolff ins Treffen führt, so wäre dazu zu erklären, dass hier augenscheinlich eine Verwechslung mit „Stosstruppen“, „Ortsgruppe“ u. dergl. unterlaufen ist, von deren „Heldenataten“ das „Berl. Tagebl.“ anscheinend vergessen hat.

Wirtschaftlicher Teil.

Das galizische Erdgas.

Am 16. d. Mts. fand auf der Grube Vulkan III im Krosnoer Bezirk, die der belgischen Firma Waterkeyn gehört, ein Ausbruch von Erdgas statt, dessen Ergiebigkeit man auf Grund von angestellten Berechnungen auf 40 Kubikmeter pro Minute berechnet, was einer Tagesproduktion von 60 000 Kubikmetern gleich. Da der Kalorienwert eines Kubikmeters Erdgases 1½ Kilogramm bester Kohle entspricht, da ferner das Erdgas im Gebiet von Krosno ebenso wie Kohle nicht nur zur Kesselheizung in der Industrie, sondern auch zu Koch- und Beheizungszwecken in den umliegenden Städten (Jaslo, Krosno, Jedlicze) verwandt wird, hat die neue Erdgassquelle für die dortige Umgebung eine ebensolche Bedeutung, wie die Erschließung einer neuen Kohlengrube mit einer Tagesproduktion von 10 Waggons, jedoch mit dem Unterschied, dass eine Erdgasgrube schon weiter keine Arbeit und Geldmittel bedarf, denn dieses Gas entströmt der Erde mit einem Druck von 40–50 Atmosphären und wird mit 4–5 Atmosphären kilometerweit in Röhrenleitungen nach allen Richtungen weitergeleitet.

Wie es bekannt sein dürfte, hat die Regierung auf Grund eines besonderen Sejmbeschlusses neue Leitungen gebaut und eine ganze Reihe schon bestehender aufgekauft. Ihre Gesamtlänge beträgt 62 Kilometer. Auf diese Weise hat die Regierung die Verteilung dieses Gases monopolisiert und zum Teil einen gewissen Einfluss auf die Zuteilung bekommen.

Die neugebohrte Grube ist nicht die erste im Krosnoer Gebiet; schon vor dem Kriege wurden zwei Quellen erschlossen, von denen eine 50 in der Stunde und die andere mehrere Kubikmeter liefert.

Anfangs 1919 hat die erwähnte Firma Waterkeyn auf ihrem Gebiet 2 Quellen erschlossen, von denen eine ein Phänomen war, denn ihre Anfangsproduktion betrug ca. 250 Kubikmeter in der Minute und mehrere Monate hindurch strömte das Erdgas so reichlich, dass es technisch unmöglich war, der Menschen Herr zu werden. Mehrere Monate lang konnte das Gas nicht abgefasst werden, und strömte in die Luft, schon ganz abgesehen vom völligen Mangel an Röhrenleitungen. Das war der Grund für den Bau von Leitungen auf Kosten der Regierung. Heute beträgt die ausgestromte Menge der beiden Quellen der Firma Waterkeyn und der Grube der Firma Garthenberg und Schreier über 100 Kubikmeter in der Minute, und wird in den staatlichen Leitungen zu den umliegenden Fabriken, Naphtagruben und Häusern geleitet.

Das Vorkommen von Erdgas in der Gegend von Krosno hatte zur Folge, dass außer den bestehenden Raffinerien und Gruben verschiedene andere Fabriken entstanden sind, deren Rentabilität aus diesem billigen und bequemen Heizmittel resultiert. So hat man in Krosno selbst zwei Glashütten, in Polanica eine Eisengießerei gebaut und andere Betriebe vergrössert. In der Gegend von Biecz wurde eine Dachpappenfabrik errichtet, die schon bestehenden Sägewerke wurden an die staatlichen Leitungen geschlossen und wenn die Ergiebigkeit der Quelle nicht nachgelassen hätte, wären unzweckhaft noch andere Betriebe versorgt werden können.

Die neugebohrte Quelle, von der wir anfangs gesprochen haben, ist insofern wertvoll, als sie in einer Entfernung von 1½ km. östlich von den bestehenden Gruben liegt und vom Naftavorkommen auf einem verhältnismässig weiten Gelände zeugt. In Kürze werden dort wahrscheinlich weitere Bohrungen stattfinden. Drei Gruben sind im Bau begriffen; eine von dieser gehört der polnischen A.-G. für Nafta-Industrie und Erdgas, ist bereits 870 m tief und wird in einer Tiefe von 900 m auf Gas gestossen. Unabhängig davon wird westlich von diesen Gruben ebenfalls gebohrt, und wenn Gas festgestellt wird, wird das Gasgebiet noch grösser sein. Die Geologen sind wenigstens der Meinung, Erst muss die im Bau begriffene Grube erschlossen werden; doch jetzt schon zeigt sie die Gaslinie und bildet eine entsprechende Schichte. Diese neue Energiequelle ist ebenso wie jede Kohlengrube die Grundlage für die Entwicklung verschiedener Industriezweige. Das Erdgas, das in kleinen Mengen überall vorkommt, kommt nur in Galizien und Amerika in grösseren Mengen vor. In Amerika ist die Anwendung von Gas in Stahlwerken, Gießereien, Glashütten und im Hausbrand sehr gross; die Erdgasproduktion in Amerika beträgt ungefähr 17 Milliarden Kubikmeter, die Länge der fertigen Röhrenleitungen 40 000 km, 7000 Fabriken werden mit Gas versorgt, 800 000 Häuser sind damit versiehen.

Wenn die Gesamtmenge des für jegliche Zwecke verwandten polnischen Erdgases nur 2½ % im Vergleich zur amerikanischen Produktion beträgt, so ist es nicht weniger wertvoll. Nach den Ver. Staaten sind wir das zweitgrösste Land, welches Erdgas in reichlicher Masse anwendet.

Danziger Devisen vom 13. Dezember.

Devise	13. 12. Geld	13. 12. Brief
Dollarnoten	184,81	185,19
Teleg. Auszahl. London	764,20	765,80
do. Amsterdam	—	—
Kościuszko Noten	5,71	5,74
Auszahlung Warschau	—	—
do. Posen	—	—
do. Pommerellen	—	—